

-
- Impressum (<https://www.derpatriot.de/verlag/impressum.html>)
- Kontakt (<https://www.derpatriot.de/kontakt.html>)
- Datenschutz (<https://www.derpatriot.de/datenschutz.html>)
- AGB (<https://www.derpatriot.de/verlag/agb.html>)



Der Bürgersolarpark im Hankerfeld (links) ist ein Positiv-Beispiel. Auf vielen Privathäusern fehlen dagegen Solaranlagen, kritisiert die BG. FOTO: EICKHOFF

Information in Sachen Solar und Co.

Eine Photovoltaik-Pflicht für Neubauten? Die wollte die politische Mehrheit in Rütthen keinesfalls sehen und schmetterte in der jüngsten Ratssitzung den entsprechenden BG-Antrag ab. Doch die Bürgergemeinschaft legt nun noch mal nach. Zudem schaltet sich die FDP mit einem Vorschlag ein.

Rütthen – Die beiden neuen Anträge von BG und FDP set-

tet werden. Die BG kommentiert dies: „Diese Meldung war am 10. Juli zu lesen – zwei Tage nachdem der Antrag der BG-Fraktion zur Einführung einer PV-Pflicht von CDU, SPD und FDP abgelehnt wurde. Die BG Rütthen hatte als Ziel, dies erst 2022 einzuführen. Auch in Bayern sind einige Städte Vorreiter gewesen. Rütthen hätte ebenfalls die Chance gehabt, Vorreiter in NRW zu werden.“ Viele werden vorgeschrieben, schreibt die BG – und nennt den Auto-Katalysator als Beispiel. Zu Beginn sei der Ein-

haben ausführliche Informationen zur Installation von regenerativen Energien in schriftlicher Form zukommen zu lassen. Informationsveranstaltungen sollen das Angebot abrunden.



Annette Herbst-Köller
BG-Fraktionschefin



Wolfgang Henze
FDP-Fraktionschef

sich die Anlage und liefert in wenigen Jahren über viele weitere Jahre positive Einkünfte. Eine PV-Anlage auf einem Einfamilienhaus kann bis zu 5 Tonnen CO2-Minderung im Jahr bringen“, so die

ebenfalls auf Information und beantragt regelmäßige Beratungstermine im Rütthener Rathaus. „Klimaschutz gehört zu den herausragenden Aufgaben unserer Zeit“, schreibt die FDP-Fraktion dazu. Dahingehend war sich die Politik in Rütthen bereits in der Ratssitzung einig. Doch will die FDP vor allem die Akzeptanz erhöhen: „Damit die Energiewende gelingen kann, ist die gesellschaftliche Sensibilisierung von enormer Wichtigkeit. Ohne die Akzeptanz der damit verbundenen Maßnahmen durch die Bür-

gleichmaßen auf Information. Zudem betonen beide Fraktionen, wie wichtig Klimaschutz und regenerativ Energien seien.

■ BG: Bayern als Vorbild

Zumindest die BG belässt es dabei aber nicht: Fraktionsvorsitzende Annette Herbst-Köller übersandte unserer Zeitung eine Stellungnahme in Bezug auf die Ablehnung ihres Antrags. Bekanntlich hatten die Fraktionen von CDU, SPD und FDP in der Ratssitzung am Mittwoch gegen eine Pflicht für Bauherren votiert, bei ihren Neubauten in erneuerbare Energien investieren zu müssen. Hierzu zitiert die BG nun aus einer Pressemeldung. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder wolle den Ausbau der Solarenergie verpflichtend machen; auf jedem Neubau in Bayern solle ab 2021 eine Photovoltaik-Anlage errich-

ten. Zudem betonen beide Fraktionen, wie wichtig Klimaschutz und regenerativ Energien seien. heute sei er längst Standard. „Die Bayern, die Baden Württemberger sowie viele andere Städte haben die Zeichen der Zeit erkannt und sowohl für die Umwelt als auch für den Geldbeutel der Bürger Gutes getan.“ Als Beleg dafür, dass die von den anderen Fraktionen beschworene Basis der Freiwilligkeit nicht genüge, fügte die BG Fotos und einen Auszug aus Google Maps vom Neubaugebiet Schlangenpfad an. Anlagen in Ost-West-Richtung seien heute ebenfalls rentabel. Dennoch seien viele Neubauten noch nicht mit Solaranlagen ausgestattet. Ein Grund dafür, schreibt die BG, könnte mangelnde Information sein.

■ BG-Antrag

Sodann beantragt die BG-Ratsfraktion, zukünftig allen Bauherren bei jedem Bauvor-

„Das Ziel muss es sein, den Ausbau regenerativer Energien in Rüthen zu forcieren“, schreibt die BG. Schließlich seien sie der Schlüssel zur Energiewende.

Die Bürgergemeinschaft führt aus, die Investition lohne sich auch wirtschaftlich und „stellt keine unzumutbare finanzielle Zusatzbelastung dar. Das derzeit sehr günstige Zinsniveau sowie diverse Zuschüsse optimieren die Wirtschaftlichkeit von derartigen Anlagen.“ Speichermöglichkeiten lassen zu, die selbsterzeugte Energie bedarfsorientiert einzusetzen. Bei Photovoltaikanlagen etwa könne der selbsterzeugte Strom auch am besten selbst genutzt werden. Einerseits für den direkten Stromverbrauch zu Hause, andererseits etwa zusätzlich für ein Elektroauto. Strom zukaufen zu müssen, entfalle dabei. „Nach kurzer Zeit amortisiert

BG. Zudem könne der für Neubauten nötige Flächenverbrauch etwas abgemildert werden, „indem ein Teil dieser Fläche dann energetisch aufgewertet und die Energie für den Eigenverbrauch genutzt wird.“ Die Produktion sichere zudem Arbeitsplätze.

■ FDP-Antrag

In der Ratssitzung hatte FDP-Fraktionschef Wolfgang Henze schon angekündigt, einen eigenen Antrag zum Thema Klimaschutz durch regenerative Energien stellen zu wollen. Auch dieser ging unserer Zeitung nun zu. „Wir haben damit das durch die BG initiierte Thema noch einmal aufgenommen – schlagen aber im Antrag eine Vorgehensweise vor, von der wir meinen, dieses Ziel besser erreichen zu können“, schreibt Wolfgang Henze.

Die FDP-Fraktion setzt

gerinnen und Bürger ist ein solcher Schritt kaum zu schaffen.“ Daher gehe es der FDP darum, zu informieren und zu motivieren „damit die entsprechenden energetischen Maßnahmen, zum Beispiel bei Haussanierungen, Neubauten, oder auch beim Austausch von Heizungsanlagen Berücksichtigung finden.“

Eine Verpflichtung lehne die FDP Rüthen ab, „weil diese Vorgehensweise am Ende vermutlich nicht zu einer höheren Akzeptanz führen wird – im Gegenteil.“ Ziel des Antrags sind regelmäßige Beratungstermine der Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Klimaschutzmanager des Kreises Soest. Bürger sollen sich hier zu allen Fragen des Klimaschutzes, aber insbesondere auch zum Thema Fördermöglichkeiten, intensiv und detailliert beraten lassen können.